

FreiBrief aus Berlin

Mai 2022



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

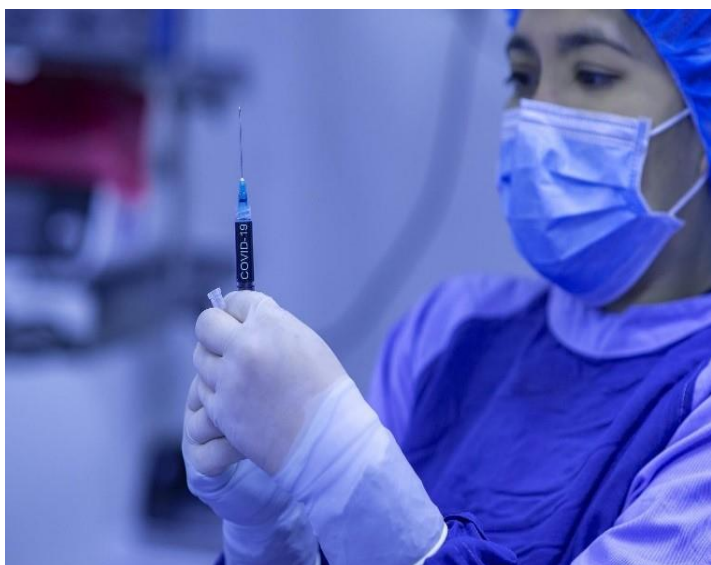
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag zu einer „Zeitenwende“ nach dem Kriegsbeginn im Februar in der Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz uns alle überrascht. Mehr militärische Unterstützung für die Ukraine und vor allem die Modernisierung der Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro hatte er angekündigt. Der politischen Wende folgte leider wieder der Rückfall zu seiner Politik des Schweigens und des Zauderns. Immer mehr isolierte sich Deutschland in der Staatengemeinschaft, die die Ukraine massiv unterstützt. Erst als der Druck, international wie von unserer Seite, zu groß wurde, gab die Bundesregierung Ende April nach und will nun den Ukrainern schweres Gerät bereitstellen.

Dabei bräuchte es jetzt gerade eine starke, offensive und Zuversicht vermittelnde Führung für unser Land in diesen unsicheren Zeiten, denn auch groß sind die Sorgen bei der Wirtschaft und den Menschen in Bezug auf die Energie-Versorgungssicherheit. Dagegen fällt die Ampel-Regierung mit Entlastungspaketen auf, die sich mit mehr Last durch eine komplizierte und viel zu späte Umsetzung auszeichnen. Jede Stringenz lässt die Regierung vermissen. So wären beispielsweise die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr nur ein kurzzeitiger Effekt, wenn diesen keine deutliche und dauerhafte Erhöhung des Rüstungsetats von aktuell 1,4 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung folgen würde. Aber genau dies plant die Regierung nicht.

Herzlichst

Keine allgemeine Impfpflicht: Aussetzung der sektoralen Impfpflicht wäre folgerichtig



Die großspurige Ankündigung einer Impfpflicht ab 18 im Dezember ist am 7. April mit der Ablehnung einer Impfpflicht ab 60 im Bundestag gescheitert. Die Abstimmung über die Impfpflicht ist ein Erfolg der Vernunft und eine herbe Niederlage für Bundeskanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach, die sich ohne eigene Mehrheit in ihrer Koalition in einer Impfpflicht für alle verrannt haben. Entscheidend ist es für mich, dass es aktuell an der Belastung des Gesundheitswesens durch schwere Covid-Verläufe fehlt, die aber immer Maßstab für staatliche Eingriffe und Einschränkungen in der Pandemie waren. Hinzu kommt, dass die Impfstoffe zu wenig Schutz für Dritte und womöglich auch nicht für neue Varianten bieten. Schließlich weiß heute niemand, was der Herbst bringt. Deshalb ist richtig, dass die Entscheidung für oder gegen eine Covid-Impfung eine persönliche Angelegenheit bleibt. Diese Entwicklung sollte folgerichtig auch zu einem Umdenken bei der sogenannten „Pflege-Impfpflicht“ führen. Zwar haben wir als Fraktion im Dezember der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in der Delta-Welle zugestimmt. Aber so wie die heutige Lage in der Pandemie ein Umdenken bei der allgemeinen Impfpflicht ausgelöst hat, sollte nach meinem Dafürhalten auch ein Umdenken bei der Pflege-Impfpflicht erfolgen. Zumal es noch immer viele Mängel bei der Umsetzung gibt und die Arbeitskräfte zu 100% gebraucht werden. Die Bedeutung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen muss aktuell deutlich stärker gewichtet werden als noch zum Ende des letzten Jahres.

Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine



Die Bundesregierung hat nach langem Zögern und Zaudern der Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine zugestimmt. Ein entsprechender Antrag wurde in der letzten Woche im Deutschen Bundestag beschlossen. Durch den Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Ampelkoalition die nötige Kraft gefunden, selbst einen Antrag vorzubereiten und die ideologischen Vorbehalte in der SPD zu überwinden. An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, dass sich gute Oppositionsarbeit auszahlt. Dass auch Deutschland Waffen liefern muss, steht für mich außer Frage. Am Ende geht es schließlich nicht nur um die Souveränität der Ukraine, sondern auch um unsere Freiheit, Demokratie und Sicherheit. Deshalb ist es zwingend notwendig, die Ukraine in ihrem Überlebenskampf mit allen Mitteln zu unterstützen und Russland notwendige Grenzen der eigenen Außenpolitik aufzuzeigen. Insbesondere das viel zu lange Abtauchen des Bundeskanzlers in der Ukraine-Frage hat für zunehmende Kritik und Isolation Deutschlands unter den westlichen Partnern gesorgt. Solche Bruchlinien aber sind es, auf die Präsident Putin abzielt. Insofern erfolgte die Zustimmung der Ampel zur Lieferung von Gepard-Panzern und einem Ringtausch innerhalb der NATO zur Bereitstellung von älteren sowjetischen Systemen gerade noch rechtzeitig. Jetzt gilt es, weiter rasch substantiell zu unterstützen. Wichtiger aber ist, dass wir unsere Bundeswehr fit für die Zukunft machen und dauerhaft 2% des BIP in unsere Sicherheit investieren. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, ein Sondervermögen im Volumen von 100 Mrd. EUR zu schaffen, unterstützen wir. Leider sehen wir bereits heute, dass sich an dieser Stelle die nächsten Probleme in der Ampel-Koalition auftun und vor allem Ideologen in der SPD trotz der Aggression Russlands die Modernisierung der Bundeswehr zur Stärkung unserer Sicherheit als „Militarismus“ brandmarken.

Austausch mit dem portugiesischen Botschafter



Jüngst traf ich mich mit dem Botschafter Portugals, S. E. Francisco Ribeiro de Menezes, zu einem Gespräch im Bundestag zu aktuellen Themen rund um Politik, Wirtschaft und die bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder. Weitere Themen waren das Ergebnis der Bundestagswahl, die Arbeit der Ampelkoalition und die neue Rolle der Union in der Opposition. Den völkerrechtswidrigen russischen Invasionskrieg in der Ukraine verurteilten wir nachdrücklich, äußerten zugleich aber auch Besorgnis wegen möglicher weiterer Eskalationen und Krisen, die daraus entstehen könnten. Wir beide bekräftigten für unsere Länder die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit, um die drohende Wirtschaftskrise mit geeigneten Strategien abzuwenden. Portugal ist auch wegen günstiger Bedingungen für erneuerbare Energien Vorreiter bei der Energiewende und somit vielen europäischen Nationen einen großen Schritt voraus. In diesem Feld können wir uns ganz sicher viel von unseren portugiesischen Freunden abschauen, wenn es darum geht, schnelle Unabhängigkeit von Gas- und Ölimporten aus Russland zu erreichen.

Entlastungspaket für Bürger kommt zu spät und geht an vielen Bedürftigen vorbei



Ob an der Zapfsäule, bei der Strom- und Heizrechnung oder beim Einkauf im Supermarkt. Von Monat zu

Monat steigen die Preise in allen Bereichen. Wir sehen aktuell eine Inflation von über 7 Prozent, die es in Deutschland seit 40 Jahren nicht gegeben hat. Mittlerweile ist über ein Monat seit den Ankündigungen von SPD, Grünen und FDP für Entlastungen wie das Energiegeld vergangen, ohne dass die Menschen tatsächlich etwas von den versprochenen Hilfen spüren. Noch nicht einmal das parlamentarische Verfahren wurde begonnen, so dass mit echter Unterstützung nicht vor Juni zu rechnen ist. Das ist wirklich enttäuschend, zumal uns verschiedene Länder in der Nachbarschaft gezeigt haben, wie schnelle und unbürokratische Entlastung durch Steuersenkungen funktioniert. Die bisher beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung kommen zu langsam, zu spät und sind zu wenig zielgerichtet. Ganz entscheidend aber ist, dass Personengruppen, die Entlastung am dringendsten bräuchten, weitgehend außen vor bleiben: Rentner, Geringverdiener, Studenten, Menschen mit Minijobs und Hartz IV-Empfänger. Diesen Umstand haben wir als Opposition vehement kritisiert. Leider spielten unsere Einwände bisher für SPD, Grüne und FDP keine Rolle. Gerade Menschen mit kleinem Geldbeutel werden weitgehend im Regen stehen gelassen, obgleich natürlich jedem klar ist, dass diese Gruppen unter den Teuerungen am meisten zu leiden haben. Wir werden im vor uns liegenden parlamentarischen Verfahren noch einmal vehement dafür werben, dass Nachbesserungen vollzogen werden und hoffen unverändert, Verbesserungen für Millionen Menschen zu erreichen.

Praktikant Pirmin Hofmann im Berliner Büro



In den vergangenen fünf Wochen hat mich Pirmin Hofmann aus Wolterdingen im Rahmen eines Pflichtpraktikums während seines Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Bayreuth tatkräftig im Deutschen Bundestag unterstützt. Neben der Arbeit im Abgeordnetenbüro konnte er viele persönliche

Eindrücke von der Arbeit in der CDU/CSU-Fraktion gewinnen. Beispielsweise konnte er an unseren Fraktionsarbeitsgruppen „Europa“ und „Innen“ sowie an den Ausschusssitzungen der Ausschüsse für Europa, Recht und Finanzen teilnehmen. Höhepunkt war sicherlich die Debatte zur allgemeinen Impfpflicht, die er hautnah im Reichstag miterleben konnte.

Festakt zu 50 Jahre Villingen-Schwenningen



Das Oberzentrum feiert mit einer Reihe von Veranstaltungen die Städtefusion vor 50 Jahren. Beim offiziellen Festakt mit Innenminister Thomas Strobl im Franziskaner-Museum zählte ich neben vielen Bürgern und Erwin Teufel, dem früheren Ministerpräsidenten und ehemaligen Abgeordneten des Wahlkreises Villingen-Schwenningen, zu den Gratulanten. Den Worten des Ministers und des Oberbürgermeisters Jürgen Roth kann ich mich nur anschließen: Die Stadt hat sich in meinen Augen in diesen 50 Jahren zu einem dynamischen und prosperierenden Oberzentrum mit enormem Einwohnerzug in den jüngsten Jahren sowie außerordentlicher Wirtschaftskraft entwickelt, dem die Bürger selbst eine sehr hohe Lebensqualität attestieren. Zu dieser Entwicklung kann ich nur gratulieren.

Bewerbungsfrist für das 40. Parlamentarische Patenschaftsprogramm läuft



Lust auf ein Jahr USA? Der Deutsche Bundestag macht es möglich und vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige. Auch für meinen Wahlkreis wird wieder mindestens ein Vollstipendium vergeben. Deshalb lade ich alle Schülerinnen und Schüler, junge Berufstätige aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis und dem Oberen Kinzigtal dazu ein, sich für das Programm von Deutschem Bundestag und US-Kongress zu bewerben. Das 40. Parlamentarische Patenschaftsprogramm bietet erneut eine einmalige Chance, die USA kennenzulernen. Die bisherigen Stipendiaten aus meinem Wahlkreis kehrten alle begeistert und mit vielen Eindrücken zurück. Aktuell ist Luca Theise aus Mönchweiler unser Botschafter in North Carolina. Bis zum 9. September nimmt der Deutsche Bundestag auf www.bundestag.de/ppp die Kurzbewerbung von Jugendlichen aus ganz Deutschland an. Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 sowie junge Berufstätige bis zu 24 Jahren. Weitere Informationen zum Stipendienprogramm gibt es bei mir im Bundestagsbüro (Telefon 030 22773972) oder bei den Mitarbeitern von Partnership International (Telefon: 0221-9139733, E-Mail: office@partnership.de).

50-Jahre Elsässer Beton – eine Erfolgsgeschichte



Sehr gerne bin ich der Einladung von Geschäftsführerin Marlies Elsässer-Heitz gefolgt und eröffnete als Festredner das Festwochenende anlässlich des 50-jährigen Firmenjubiläums von Elsässer Beton-Bauteile in Kirchen-Hausen. Das Betonfertigteilewerk wurde 1972 vom leider an den Festtagen 88-jährig verstorbenen Egon Elsässer gegründet und zählt mit seinen rund 170 Mitarbeitern heute zu den modernsten und innovativsten Unternehmen der Branche. In meiner Rede betonte ich den hohen Stellenwert des Mittelstandes für unsere Wirtschaft und Gesellschaft sowie den großen Willen des Gründers über Jahrzehnte hinweg. Seine soziale Verantwortung, Innovationskraft sowie sein Engagement für Vereine und als Stadt-

Kreis- und Gemeinderat machte Egon Elsässer zum Vorbild für unsere Gesellschaft, das in bester Erinnerung bleiben wird.

Rede bei der Seniorenunion Esslingen



Zu Gast bei der Seniorenunion Esslingen in Kirchheim unter Teck sprach ich über die Neuausrichtung und Positionierung der CDU, aber auch über eine von neuen Schulden geprägte Regierungspolitik der Ampelkoalition mit viel Hin und Her in den ersten 100 Tagen. Ein Schwerpunkt meiner Rede war angesichts des Krieges in der Ukraine die Sicherheit und Versorgungssicherheit für Deutschland sowie die Wohlstandssicherung. Letzteres sehe ich angesichts der Haushaltspolitik der Regierung mit ihren Schuldenplänen in Gefahr. Nach den Regierungsplänen geben wir im Verhältnis zu den Einnahmen doppelt so viel Geld aus. Diese nun angehäuften Schulden müssen nachfolgende Generationen abbauen und hierfür dann auf viele notwendige Investitionen verzichten. Nachhaltige und soziale Politik sieht für mich anders aus.

Diskussion bei der CDU Ravensburg



Bei der neuen Veranstaltungsreihe „Stadtgespräch“ der CDU Ravensburg war ich zu Gast. Diskussionspunkt des Abends war die bei vielen Themen immer stärker zu Tage tretende Polarisierung und wie eine Spaltung der Gesellschaft verhindert werden kann. Meinungen gehen immer auseinander. Politik lebt

vom Meinungsstreit und betreibt zu einem gewissen Grad schon in der Sache Polarisierung. Und eine Demokratie lebt allein von der Meinungsvielfalt, der Akzeptanz der Mehrheitsmeinung und -bildung, aber auch von einem respektvollen Miteinander. Aber: In einer individueller werdenden Welt haben Akzeptanz und Respekt in dieser Balance deutlich an Gewicht verloren. Dies ist auf kommunaler wie auch bundespolitischer Ebene zu beobachten. Es hat, so betonte ich, auch schon immer Menschen gegeben, die gezielt auf Desinformation setzten, um das bestehende politische System zu destabilisieren. Dies ist in der heutigen Medienvielfalt deutlich einfacher geworden, als vor dem digitalen Zeitalter. Dieser Entwicklung kann und muss die Politik mit noch mehr Transparenz und besserer Vermittlung politischer Entscheidungen entgegenwirken. Ich bin zudem überzeugt, dass die Politik ordnungspolitisch immer nur den Rahmen vorgeben kann. Es sollte nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik gemacht werden, weder in Berlin noch in Ravensburg. Alle sind gefordert, für ein gutes Miteinander in unserer Bürgergesellschaft einzutreten.

Herzliche Einladung zur Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Montag, 27. Juni 2022, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!